



Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

„Licht und Schatten im Koalitionsvertrag aus wirtschaftspolitischer Sicht“

1. **Herr Fichtner, der Titel der Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2018 lautet „Deutsche Wirtschaft im Boom – die Luft wird dünner“. Wie ist das zu verstehen?** Unser Eindruck ist, dass das kräftige Wachstum der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren zunehmend zu einer hohen Kapazitätsauslastung geführt hat. Wir sehen das zum Beispiel am Arbeitsmarkt, wo die Arbeitslosenquote jetzt schon nur noch um die fünf Prozent liegt und auch im Prognosezeitraum noch weiter sinken dürfte. Wir sehen es auch zum Beispiel an der Auslastung der Maschinen und der übrigen Kapazitäten. Wir haben eine große Knappheit an Kapazitäten und die begrenzt das Wachstum der deutschen Wirtschaft, und das wollen wir mit dem Bild, dass die Luft dünner wird, einfangen.
2. **Mit welchen Wachstumswahlen rechnen sie?** Unsere Prognose für dieses Jahr liegt bei 2,2 Prozent und für kommendes Jahr bei 2,0 Prozent. Das ist ein kräftiges Wachstum, aber nicht mehr ganz so hoch wie im vergangenen Jahr, als die deutsche Wirtschaft noch eine Spur stärker gewachsen ist.
3. **In der diesjährigen Frühjahrsprognose des DIW Berlin lagen die Wachstumswahlen noch etwas höher. Wie kommt es, dass die Zahlen jetzt geringer ausfallen?** Tatsächlich sind die Indikatoren, die wir seit der Veröffentlichung der DIW-Frühjahrsgrundlinien 2018 bekommen haben, durch die Bank weg ziemlich schlecht ausgefallen. Wir haben schlechte Produktionszahlen für den Februar gesehen und die Auftragslage bei den Unternehmen hat sich etwas eingetrübt. Das alles zusammen hat uns veranlasst, die Schätzung für dieses Jahr etwas zu senken.
4. **Deutschland blickt jetzt auf einige Jahre steten Wachstums zurück. Wie sieht es bei den öffentlichen Kassen aus? Die müssten doch eigentlich prall gefüllt sein.** Tatsächlich stehen die öffentlichen Finanzen äußerst gut da. Wir haben kräftige Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt von fast 50 Milliarden Euro. Das ist eine sehr gute finanzielle Lage der öffentlichen Kassen, die auch durch die zusätzlichen finanziellen Belastungen, die jetzt im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, eigentlich kaum geschmälert wird. Die

Schuldenstandsquote, also der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, wird im nächsten Jahr wohl erstmals unter die 60-Prozent-Marke sinken. Das heißt, der öffentliche Schuldenstand ist im nächsten Jahr dann wieder Maastricht-konform.

5. **Wie beurteilt die Gemeinschaftsdiagnose den Start der Großen Koalition in Deutschland aus wirtschaftspolitischer Sicht?** Der Koalitionsvertrag greift einiges auf, was in den vergangenen Jahren auch von der Gemeinschaftsdiagnose immer wieder empfohlen wurde, zum Beispiel zusätzliche Ausgaben für Bildung oder für sinnvolle Sachinvestitionen, also Ausgaben des Staates für Maßnahmen, die die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft stärken. Das ist zu begrüßen. Was ein bisschen unglücklich ist, ist sicher das Timing. Die deutsche Wirtschaft befindet sich gerade in einer ausgesprochen günstigen konjunkturellen Situation. Das ist eigentlich eine Situation, in der der Staat nicht unbedingt noch zusätzliches Geld in den Kreislauf pumpen muss. Vor dem Hintergrund muss man ein bisschen Wasser in den Wein gießen, aber unter dem Strich hat der Koalitionsvertrag durchaus Elemente, die aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive zu begrüßen sind.
6. **Gibt es auch negative Aspekte?** Man muss auch festhalten, dass die Bundesregierung viel Geld ausgibt für Maßnahmen, die auf die lange Sicht sehr teuer werden dürften, aber das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft nicht maßgeblich stärken werden. Die Ausweitung im Bereich der Mütterrente beispielsweise oder auch die Einführung der Grundrente werden sehr schnell sehr viel Geld kosten, und das muss irgendwo herkommen. Im Zweifel wird es von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite bezahlt werden müssen, in Form höherer Steuern oder Sozialabgaben. Das dämpft die wirtschaftliche Entwicklung eher, als dass es sie ankurbelt. Vor diesem Hintergrund sehen wir solche Maßnahmen eher skeptisch.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;

Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten

Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter